

Hauptausschuß
53. Sitzung

22.09.1988
hz-sz

Westfalens und anderer Länder gravierend abweiche. - Die Berichterstattung zum Umfeld des Falles Tietmeyer erscheint dem Abgeordneten recht karg zu sein. In den letzten Monaten sei immer wieder auf die potentielle Gefährlichkeit der RAF hingewiesen worden. Deshalb sei zu klären, ob der Vorgang tatsächlich überraschend gekommen sei oder ob die Entwicklung sich bereits abgezeichnet habe.

Abg. Dr. Klose (CDU) möchte wissen, ob sich die Gefährlichkeit der FAP verstärkt habe. Im Ausland, etwa in Israel, bestehe der Eindruck, die Bundesrepublik sei wieder der Hort neuen Antisemitismus und Neonazismus. - In der "Welt am Sonntag" sei von Hausbesetzern in Bielefeld die Rede, die dort die Nachbarschaft terrorisierten. Dr. Klose erkundigt sich, ob und - wenn ja - mit welchem Ergebnis dies überprüft worden sei.

Nach einer etwaigen Radikalisierung bei den Kurden fragt Abg. Kupski (SPD). In diesem Zusammenhang höre man zum Beispiel davon, daß Presseerklärungen erzwungen worden seien. Es wäre wichtig zu erfahren, wie sich dies in der Zukunft entwickeln werde.

Abg. Hellwig (SPD) bitte um Aufschluß, ob es möglich sei, sich eine Übersicht über rechtsextremistische Zeitschriften, Literatur, Schallplatten, Filmkassetten usw. und die - auch mengenmäßige - Entwicklung auf diesem Gebiet zu verschaffen. - An die Staatskanzlei richtet der Abgeordnete die Frage, welche Auswirkungen die Erörterungen anläßlich der Sitzung des Ausschusses in der Landeszentrale für politische Bildung im Haushalt 1989 gehabt hätten; er selbst vermöge keine finanziellen Konsequenzen der Debatte zu erkennen. Die Staatskanzlei solle sich dazu äußern, welche Folgerungen sie aus der Entwicklung des Rechtsradikalismus ziehe, zu deren zumindest präventiver Bekämpfung die Landeszentrale mit angetreten sei.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes und auch des Bundes sei bezüglich der Tamilen bisher von unterschiedlich vorgehenden Gruppen die Rede gewesen, bemerkt Abg. Hemker (SPD); jetzt sei das nicht mehr Fall. Der Abgeordnete möchte wissen, ob es hier eine Einigungsbewegung gegeben habe oder welche Erkenntnisse dazu vorlägen. Vor Ort gebe es zwischen den Tamilen jedenfalls immer wieder Auseinandersetzungen nicht nur im privaten Bereich. - Im Bericht werde der "Befreiungskampf" der Kurden erwähnt. Es frage sich, ob von Gegnern der Kurden Erkenntnisse gesammelt würden, um sie gegen diese zu verwenden; dafür bestünden jedenfalls Anzeichen.